



Niederschrift

77. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.10.2007
Sitzungsbeginn:	17:10 Uhr
Sitzungsende:	20:10 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	ab 17:55 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Heinzl, Horst	CDU	ab 17:25 Uhr
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	ab 18:35 Uhr
Frau Keilholz, Monika	Die Andere	bis ca. 19:30 Uhr

Nicht anwesend ist:

Frau Kirchner, Irene	Die Andere	entschuldigt
----------------------	------------	--------------

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Herr Dr. Mentrup, Vorsitzender des Bauvereins Neue Synagoge Potsdam
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam
Vertreter des Tierschutzvereins Potsdam_
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt_
Herr Zeretzke, Bereich Beteiligungsmanagement
Herr Hadlich, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 26.09.2007

- 2 Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit - Rechenschaftslegung 2006
Vorlage: 07/SVV/0721
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- 3 Zusammensetzung des Strom- und Gaspreises
Vorlage: 07/SVV/0347
Fraktion Die Andere

- 4 Offenlegung der Strompreiskalkulation
Vorlage: 07/SVV/0706
Fraktion Die Andere

- 5 Sitzungskalender 2008
Vorlage: 07/SVV/0644
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der StVV

- 6 Jahresrechnung 2006
Vorlage: 07/SVV/0689
Fraktion BürgerBündnis/FDP
mit Ea Fraktion SPD

- 7 Standesamtliche Trauung im Schloss Kartzow
Vorlage: 07/SVV/0793
Fraktion SPD
mit Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

- 8 Synagogenbau
Vorlage: 07/SVV/0751
Fraktion DIE LINKE
mit Änderungsantrag der Fraktion CDU

- 9 Überplanmäßige investive Ausgaben 2007 für ein Drehleiterfahrzeug im Produkt 1260000 - Brandschutz - mit 60 %iger Förderung des MI Bbg
Vorlage: 07/SVV/0912
Oberbürgermeister, FB Feuerwehr

- 10 Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam als Ausrichterort für die Weltmeisterschaft der Marching Show Bands im Jahre 2010
Vorlage: 07/SVV/0921
Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation

- 11 Mitteilungen der Verwaltung

- 11.1 Schulsozialarbeit in Potsdam
Vorlage: 07/SVV/0733
Oberbürgermeister, FB Jugendamt

- 11.2 Dritter Zwischenbericht zum aktuellen Stand der Umsetzung der Empfehlungen
des "Battis-Berichtes"
Vorlage: 07/SVV/0914
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen

- 12 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 26.09.2007**
Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Anschließend informiert er, dass gemäß des Beschlusses des Hauptausschusses - DS Nr. 04/SVV/0178, der jährliche Touristische Marketingplan zum Dienstleistungsvertrag mit dem PTS der TMB dem Hauptausschuss im Oktober vorzulegen sei, dies auf Grund des notwendigen Änderungsbedarfs, welcher sich im Rahmen der Abstimmung ergeben habe, aber erst in der Sitzung am 14.11.2007 erfolgen könne.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, eine Information zur DS 07/SVV/0794 - Teilnahme am Evaluierungsprogramm „PPP-Schulstudie“ des Bundesbauministeriums aufzunehmen und den Tagesordnungspunkt 6 – DS 07/SVV/0689 – Jahresrechnung 2006, zurückzustellen, da der Rechnungsprüfungsausschuss den Änderungsantrag der Fraktion SPD nicht abgestimmt habe. Er schlägt im Weiteren vor, den Tagesordnungspunkt 8 als Punkt 2 zu behandeln, da Herr Dr. Mentrup dazu anwesend ist und noch weitere terminliche Verpflichtungen habe.

Herr Dr. Scharfenberg bittet unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ um Informationen zum Vergabeverfahren Tierheim, zum Feldversuch Zeppelinstraße, zur Matrosenstation Kongsnaes, zum Uferweg Griebnitzsee und zum Stand der Vorbereitungen der gemeinsamen Sitzung mit dem Hauptausschuss des Landtages (07/SVV/0680) zu Problemen im Zusammenhang mit dem Bau eines neuen Landtagsgebäudes auf dem Alten Markt.

Gegen die vorgeschlagenen Änderungen erhebt sich kein Widerspruch; die so geänderte Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 76. Sitzung vom 26.09.2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Ꞥ Rechenschaftslegung 2006
Vorlage: 07/SVV/0721

Der Oberbürgermeister bringt die Mitteilungsvorlage ein und bedankt sich beim Beirat für zahlreiche Initiativen und Aktivitäten, die gemeinsam mit den Fraktionen, Gewerkschaften u.a. initiiert und durchgeführt wurden.

Anschließend betont Frau Dr. Müller, dass sich die Arbeit mit dem Aktionsplan durch Kontinuität und Aktualität auszeichne, was nicht genug geschätzt werden könne. Daran anknüpfend bittet sie, dass an Verabredungen zu kurz- und langfristigen Maßnahmen auch weiter gearbeitet werde und nennt als Beispiel die Fertigung von Bannern mit der Aufschrift „Potsdam bekennt Farbe“ sowie T-Shirts und den Internetauftritt des Beirates. Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang betreffe den Beschluss zum Beitritt der Stadt zur „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ und die Frage, wie die Stadt zukünftig dort vertreten sein soll. Im November d.J. berate die Lenkungsgruppe in der Stadt Graatz und sie halte es für nicht angemessen, dass die Landeshauptstadt Potsdam durch eine Mitarbeiterin der Verwaltung dort vertreten werde. Wenn auf dieses Problem nicht gleich geantwortet werden könne, so sollte hierfür alsbald eine Lösung gefunden werden.

Ein weiteres Anliegen sei die Aufhebung der Residenzpflicht, die die Stadt bekanntermaßen nicht aufheben könne. Deshalb müsse es einen immer wiederkehrenden Appell an den Innenminister des Landes Brandenburg dazu geben, der mit seiner Auffassung im Widerspruch zu der des Innensensors von Berlin stehe. Zu bemängeln sei, dass der Beirat immer nur dann in der Öffentlichkeit stehe, wenn die Medien einen Skandal „ausgebuddelt“ hätten. Deshalb müsse eine kontinuierliche Vorstellung des Beirates und seiner Aktivitäten erreicht werden. Bezüglich der genannten Vertretung aller Fraktionen im Beirat sei festzustellen, dass einige Fraktionen nie anwesend seien. Dieser Zustand müsse sich grundlegend ändern und sie fordere die betroffenen Fraktionen auf, dafür Sorge zu tragen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass bezüglich des Internetauftritts eine interne Verständigung erfolgen werde, da ein entsprechender Auftritt in diesem Medium auch zu einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit beitrage. Darüber hinaus sollte zu diesem Thema eine intensivere Auseinandersetzung im Beirat selbst erfolgen. Er bestätigt, dass für die Teilnahme an der Sitzung der Lenkungsgruppe in Graatz eine Mitarbeiterin der Verwaltung vorgesehen sei, wozu man sich aber auch noch einmal verständigen könne. Er selbst könne aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen. Die Aufhebung der Residenzpflicht habe nicht nur den Beirat beschäftigt, sondern auch die Stadtverordnetenversammlung. Der Innensensor habe ihm mitgeteilt, dass er sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine Abschaffung stark gemacht habe, was aber vom Bundestag abgelehnt worden sei. Somit sei die Stadt an die gesetzlichen Vorgaben gebunden, die wenig Handlungsspielräume zulassen, aber auch Ausnahmen ermöglichen. Er werde in einem Brief den Ministerpräsidenten und den Innensensor von Berlin auffordern, weiter initiativ zu sein. Im Weiteren sollten sich Landtagsabgeordnete für diese Thematik einsetzen.

Frau B. Müller merkt an, dass in der Städtekoalition bisher keine der europäischen Partnerstädte der Landeshauptstadt vertreten seien; sie schlage deshalb vor, diese dazu aufzufordern. Der Oberbürgermeister verweist auf die im Frühjahr stattfindende Konferenz „Kommunale und bürgerschaftliche Strategien für Toleranz und Demokratie“ zu der alle europäischen Partnerstädte eingeladen seien und wo dieses Thema angesprochen werden könne.

Herr Dr. Scharfenberg informiert, dass die Residenzpflicht im Landtag thematisiert wurde, aber Ablehnung erfahren habe. Auch er sei der Meinung, dass dieses Thema nicht aus den Augen verloren werden sollte. Der Beirat, so Herr Dr. Scharfenberg, sei ein Garant für eine kontinuierliche Arbeit und ein Zeichen für dessen hohen Stellenwert in der Stadt sei der Vorsitz durch den Oberbürgermeister.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass die angesprochenen Probleme in den Beiratssitzungen thematisiert werden sollen und richtet einen nachdrücklichen Appell an die Fraktionen bezüglich einer kontinuierlichen Teilnahme.

zu 3 Zusammensetzung des Strom- und Gaspreises
Vorlage: 07/SVV/0347

Der Oberbürgermeister verweist auf die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses im nicht öffentlichen Teil behandelte Mitteilungsvorlage und fragt Frau Keilholz, wie mit dem Antrag weiter verfahren werden soll. Frau Keilholz bittet namens der Fraktion Die Andere um die Abstimmung des Antrags.

Dem entsprechend stellt der Oberbürgermeister die o.g. DS mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Die städtischen Vertreter/innen in der Stadtwerke GmbH bzw. der EWP GmbH werden beauftragt zu veranlassen, dass die Zusammensetzung des Strom- und Gaspreises unter Angabe des Prozentanteils der Gewinne in der nächsten Ausgabe der Kundenzeitschrift „Quartett“ in einem Kreisdiagramm bzw. in einer ähnlichen für den Bürger verständlichen Form dargestellt wird.

Bei der Abführung der Gewinne ist zudem zwischen der Zuführung an die Holding und an den privaten Teilhaber zu unterscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 6

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die DS **abzulehnen**.

zu 4 Offenlegung der Strompreiskalkulation
Vorlage: 07/SVV/0706

Auch hier verweist der Oberbürgermeister auf die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses im nicht öffentlichen Teil behandelte Mitteilungsvorlage und fragt Frau Keilholz, wie mit dem Antrag weiter verfahren werden soll. Frau Keilholz bittet namens der Fraktion Die Andere wiederum um die Abstimmung des Antrags.

Dem entsprechend stellt der Oberbürgermeister die o.g. DS mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien der EWP GmbH werden beauftragt zu veranlassen, dass die Kalkulation der Strompreise durch die städtische Gesellschaft im Hauptausschuss nachvollziehbar erläutert und die geplante Strompreisentwicklung dargestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 7
Stimmenthaltung: 5

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die DS **abzulehnen**.

zu 5 Sitzungskalender 2008
Vorlage: 07/SVV/0644

Der Oberbürgermeister verweist auf die vorgenommenen Änderungen im August und September 2008, die mit der neuen Anlage ausgereicht wurden und bittet um Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2008 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 6 Jahresrechnung 2006
Vorlage: 07/SVV/0689

zurückgestellt

zu 7 Standesamtliche Trauung im Schloss Kartzow
Vorlage: 07/SVV/0793

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass er die große Bereitschaft in den Fraktionen, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen, zur Kenntnis genommen habe. Die alleinige Erlaubnis für das Schloss Kartzow, standesamtliche Eheschließungen vornehmen zu dürfen, könne seitens der Verwaltung jedoch keine Zustimmung finden, weil damit die Situation entstehen würde, dass auch weitere Hotels dies beantragen würden.

Um dem Anliegen Rechnung tragen zu können schlägt er vor, diesen Antrag bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zurückzustellen und ihn von der Verwaltung mit dem Ziel prüfen zu lassen, Wege aufzuzeigen, wie dem näher zu kommen sei. So sei ein Interessenbekundungsverfahren eine mögliche Variante bzw. die Festlegung von Kriterien für die inneren und äußeren Voraussetzungen und die personelle Absicherung. Die Verwaltung werde einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten und den Antrag modifizieren. Er könne sich Potsdam neben einer kinderfreundlichen Stadt auch als Stadt der Familiengründungen vorstellen, was letztlich auch ein Standortfaktor wäre.

Im Weiteren bittet Herr Schubert, die Aussage, dass auch andere Hotels dies dann beantragen würden, juristisch zu unterlegen und dies sowie die Untersuchungsergebnisse der Verwaltung bis spätestens 12.11.07 den Fraktionen zuzuleiten.

Herr Schüler sieht die Einrichtung weiterer „Eheschließungsstellen“ als problematisch an, wenn es sich um Hotels handelt, die ja privatrechtlich betrieben werden.

Auf seine Nachfrage, warum ein Interessenbekundungsverfahren erwogen werde, antwortet der Oberbürgermeister, dass es um die personelle Absicherung zusätzlicher Standorte und die entstehenden Kosten gehe, da die Gebühren nicht kostendeckend seien. Das soll ausführlich durch die Verwaltung geprüft und zur nächsten Sitzung dargelegt werden.

zu 8

Synagogenbau **Vorlage: 07/SVV/0751**

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und betont, dass es Anliegen sei, die Mitverantwortung der Stadt für den Neubau einer Synagoge deutlich zu machen und das Vorhaben zu befördern.

Herr Schröder bringt anschließend namens der Fraktion CDU einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

Im Beschlusstext sind die Worte „mit der Zielstellung, parallel zum Landtagsneubau die Synagoge zu errichten und bis 2012 fertigzustellen“ und der Satz „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten und unter Nutzung seines Amtes Sponsoren zu werben.“ zu streichen.

Diese Streichungen, so Herr Schröder, begründen sich darin, dass kein kausaler Zusammenhang zum Landtagsbau gesehen werde und deshalb davon „abgekoppelt“ werden solle. Der Auftrag an den Oberbürgermeister, Sponsoren einzuwerben sei entbehrlich, weil er das sowieso machen werde und darüber hinaus die Vereine das Sponsoring „vorantreiben“.

Gegen das vom Oberbürgermeister beantragte Rederecht für Herrn Dr. Mentrup erhebt sich kein Widerspruch. Herr Dr. Mentrup führt aus, dass für den Bau einer neuen Synagoge sehr viel Hilfe benötigt werde – in Form von Spenden, „großen und kleinen“, aber auch in Form des vorliegenden Antrags. Er verweist darauf, dass entgegen früheren Überlegungen, nach denen das Geiger-Kolleg und ein jüdisches Seniorenwohnheim in der Schlossstr. angesiedelt werden sollten, nunmehr nur noch die Synagoge und das Gemeindezentrum in die Planung einbezogen werden. Im Weiteren erläutert er die derzeit zur Verfügung stehenden Mittel in Bezug auf die zu erwartenden Unterhaltskosten. Über die Frage, wie die Synagoge technisch, baulich und religiös aussehen könne, werde man sich im Beirat verständigen. Er schlägt vor, die Fertigstellung der Synagoge nicht an den Landtagsneubau zu knüpfen, sondern an das 20-jährige Jubiläum der Brandenburgischen Verfassung im Jahr 2012.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es Anliegen seiner Fraktion sei, zu diesem Antrag Konsens herzustellen und übernimmt den vorgeschlagenen Fertigstellungstermin 2012 im Zusammenhang mit dem genannten Jubiläum der Brandenburgischen Verfassung. In der Erwartung, eine „Schubwirkung“ auszulösen, sollte der zweite Satz im 2. Absatz des Beschlusstextes nicht gestrichen werden.

Herr Schröder verweist auf die vorhandene moralische Verpflichtung, dieses Anliegen zu unterstützen und stimmt ebenfalls dem vorgeschlagenen Fertigstellungstermin im Jahr 2012 zu. Für den zweiten Satz im 2. Absatz des Beschlusstextes schlägt er folgende Textfassung vor:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Nutzung seines Amtes Sponsoren zu werben.“

der von der Fraktion DIE LINKE übernommen wird.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt begrüßt die klare Positionierung des Zentralrats der Juden in Deutschland für den Bau einer Synagoge in Potsdam.

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt das Vorhaben mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten mit der Zielstellung, die Synagoge bis 2012, zum 20. Jahrestag der Verfassung des Landes Brandenburg, fertigzustellen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Nutzung seines Amtes Sponsoren zu werben.

Der Hauptausschuss ist beginnend ab Dezember 2007 halbjährlich über den Stand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

**zu 9 Überplanmäßige investive Ausgaben 2007 für ein Drehleiterfahrzeug im Produkt 1260000 - Brandschutz - mit 60 %iger Förderung des MI Bbg
Vorlage: 07/SVV/0912**

Frau E. Müller bringt die Vorlage ein und beantwortet die Nachfrage von Frau Bankwitz, ob Potsdam bereits im Besitz einer solchen Drehleiter sei, mit ja.

Der Hauptausschuss beschließt:

Überplanmäßige Auszahlung aus Investitionstätigkeit in Höhe von **208.575,42 €** zur Beschaffung eines Hubrettungsfahrzeuges (Drehleiter - DLK 23/12).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

**zu 10 Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam als Ausrichterort für die Weltmeisterschaft der Marching Show Bands im Jahre 2010
Vorlage: 07/SVV/0921**

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und beantwortet die Frage von Frau B. Müller, ob der Zeitrahmen für die Vorbereitung der Bewerbung nicht zu eng sei, mit nein, da in Potsdam bereits eine derartige Meisterschaft stattgefunden habe und die Beteiligten über entsprechende Erfahrungen verfügen.

Der Hauptausschuss beschließt:

Dem Oberbürgermeister wird empfohlen, ein Bewerbungsverfahren der Landeshauptstadt Potsdam um die Ausrichtung der Weltmeisterschaft der Marching Show Bands im Jahre 2010 bei der **World Association of Marching Show Bands (WAMSB)** einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.
bei 3 Stimmenthaltungen.

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 11.1 Schulsozialarbeit in Potsdam
Vorlage: 07/SVV/0733**

Frau Dr. Müller verweist auf die Kenntnisnahme der Mitteilungsvorlage im Jugendhilfeausschuss und den sich mit der Bedarfsanalyse bestätigten Ruf nach weiteren Schulsozialarbeitern. Dennoch seien bei der Diskussion im Jugendhilfeausschuss zwei Problemstellungen sichtbar geworden. Das sei erstens die Erkenntnis, dass wenige Grundschulen einen Bedarf an Schulsozialarbeitern melden und zweitens, dass die Schulsozialarbeiter genau an den Schulen eingesetzt werden, an denen Konflikte bereits bestehen, was im Widerspruch zur eigentlichen Zielstellung – nämlich der Prävention - stehe. Deshalb sollte es zukünftig besser gelingen, dem Präventionsanliegen Rechnung zu tragen und schon im Vorfeld wirksam zu werden. Abschließend bedankt sich Frau Dr. Müller bei den an der Erarbeitung des Berichts beteiligten Kollegen des Jugendamtes.

Herr Schubert fragt, wie langfristig der jetzt bestehende Modus „belastbar“ sei bzw., ob er nur eine Übergangslösung darstelle. Frau E. Müller entgegnet, dass die zusätzlichen drei Sozialarbeiterstellen eine langfristige Lösung darstellen, die Verwaltung damit aber sowohl finanziell als auch personell an ihre Grenzen stoße. Der Bedarf sei eindeutig da, aber mit kommunalen Möglichkeiten „nicht zu stemmen“, deshalb müsse man sich damit noch einmal auseinandersetzen, wie zukünftig verfahren werden könne.

**zu 11.2 Dritter Zwischenbericht zum aktuellen Stand der Umsetzung der Empfehlungen des "Battis-Berichtes"
Vorlage: 07/SVV/0914**

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Mitteilungsvorlage ein und geht dabei auf wesentliche, hervorzuhebende Maßnahmen des Prozesses ein, wie das Qualitätsmanagement und die Fortbildung, den Aufbau einer Clearingstelle, personalwirtschaftliche Maßnahmen und infrastrukturelle Verbesserungen. Das Qualitätsmanagement werde z.B. durch Maßnahmen wie die Erarbeitung von Arbeitshilfen und Checklisten sowie die Entwicklung bürgerfreundlicher Textbausteine zur Abwicklung des Schriftverkehrs getragen. Von wesentlicher Bedeutung seien Fortbildungen der Mitarbeiter und Führungskräfte. Dazu laufen vielfältige Schulungsprogramme, so u.a. Inhouse-Seminare zur Vermittlung der Grundlagen zur Kommunikation und zum Konfliktmanagement. Das Konzept für die Clearingstelle werde dem Hauptausschuss in der Sitzung am 28.11.2007 vorgestellt, die als unabhängige Anlaufstelle in der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen noch im Dezember 2007 die Arbeit in einer dreimonatigen Probephase aufnehmen werde. Aufgabe der Clearingstelle werde u.a. die Auswertung und Evaluierung der in der Clearingstelle behandelten Einzelfälle und die Erarbeitung von Verfahrensvorschlägen für die Zukunft sein. Bezüglich der personalwirtschaftlichen Maßnahmen werde im Bereich der Unteren Denkmalschutzbehörde eine zusätzliche Sachbearbeiterstelle „denkmalpflegerisches Steuerwesen“ für die Bearbeitung von Steuerbescheinigungen geschaffen, die ab 2008 besetzt werden solle. Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert bezüglich der genannten Verbesserung der Infrastruktur in der Stadtverwaltung über den Umzug der Unteren Denkmalschutzbehörde, der zum 01.09.07 erfolgreich abgeschlossen wurde und die Kommunikation innerhalb des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung und Bauen

sowie darüber hinaus spürbar verbessert und erleichtert habe. Im Weiteren stehe die Softwarebeschaffung für ein Fachverfahren für die Untere Denkmalschutzbehörde unmittelbar vor dem Abschluss.

Bereits erreicht bzw. kurzfristig zu erreichen sei die Erleichterung der Akteneinsicht in historische Akten und Planbestände, kürzere Wege zwischen den Fachbehörden, eine Qualitätsverbesserung bei der rechtlichen Klärung von Streitpunkten mit der Unteren Denkmalschutzbehörde, die schnellere Bearbeitung von Steuerbescheinigungen, die Möglichkeit konsensorientierter Konfliktschlichtung durch die Einrichtung der Clearingstelle. Perspektivisch sei in 2008 eine stärkere Straffung der Anlaufstellen im Zusammenhang mit dem Thema „Bauen“, die strukturelle Bündelung der Verantwortung im Bauservice, eine Lotsenfunktion zwischen den beteiligten Verwaltungsbereichen, die Verbesserung der Kommunikation und die Bewältigung von Konfliktsituationen zu erreichen.

Anschließend erläutert Herr Drost den Prozessplan, der als „roter Faden“ aktualisiert wurde und auch im Intranet nachzulesen sei. Die benannten Ziele seien mit Schlüsselaufgaben und Einzelaufgaben untersetzt worden. Die Empfehlungen für den weiteren Prozess seien in der vorgelegten Mitteilungsvorlage enthalten.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass dies eine Fülle von Informationen sei und damit verbunden anspruchsvolle Absichtserklärungen. Die Umsetzung dieser stehe allerdings noch aus und deshalb könne deren Auswirkung noch nicht bewertet werden. Um sich ein besseres Bild machen zu können schlägt er vor, künftige Berichterstattungen zu diesem Thema vor Ort stattfinden zu lassen, damit das eventuell anschaulicher werde. Der Oberbürgermeister stimmt dieser Überlegung zu und sagt einen Terminvorschlag in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu.

Herr Schüler meint, dass der Fortschritt gemessen an der bisher vergangenen Zeit sehr gering sei, wie z.B. nur eine Inhouse-Schulung oder auch die Ergebnisse bezüglich der Schaffung der Clearingstelle. Er merkt kritisch an, dass sich Bezeichnungen in der Mitteilungsvorlage befinden, wie z.B. das Evokationsrecht des Oberbürgermeister (Seite 12 der MV), wo sich die Frage stelle, wer wisse, was damit gemeint sei.

Frau Bankwitz merkt an, dass die Mitteilungsvorlage gute Ansätze enthalte und sich Erfolge einstellen werden. Bezug nehmend auf einen abgelehnten Antrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP zur verwaltungsweiten Einführung eines Dokumentenmanagements bedauere sie, dass der Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Service die Vorzüge nicht erkannt habe und wolle dies noch einmal als Anregung mitgeben. Sie meine, dass die Verwaltung auch bisher funktioniert habe und deshalb finde sie einiges übertrieben, was in der Mitteilungsvorlage stehe. Herr Schubert stimmt der letzten Anmerkung von Frau Bankwitz zu und nennt als Beispiel die Punkte Z. 5 und Z. 6. Bezogen auf die Ausführungen zur Schaffung einer Sachbearbeiterstelle „denkmalpflegerisches Steuerwesen“ fragt er nach, ob diese extern oder intern ausgeschrieben werde. Frau Dr. von Kuick-Frenz antwortet darauf, dass dies sowohl extern als auch intern erfolge. Auf die Nachfrage von Herrn Schubert, wann mit einer entsprechenden Vorlage im Hauptausschuss zu rechnen sei, antwortet der Oberbürgermeister, dass diese am 14.11.07 vorgelegt werde.

Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Schüler merkt der Oberbürgermeister an, dass in den Ausführungen von Frau Dr. von Kuick-Frenz und Herrn Drost nur die Ergebnisse präsentiert wurden, aber weit mehr passiert sei. Darüber hinaus müsse auch die „normale Arbeit“ weitergehen – aber allein „ein paar Schulungen und Seminare“ sind nicht das Ergebnis. Herr Drost verweist darauf, dass es sich hier nicht um eine externe Organisationsuntersuchung handele, sondern um Ergebnisse aus Workshops, Interviews und Befragungen, die als „roter Faden“ für das weitere Handeln dienen sollen.

zu 11.3 Information zur DS 07/SVV/0794 - Teilnahme am Evaluierungsprogramm ‚PPP-Schulstudie‘ des Bundesbauministeriums

Herr Exner führt dazu aus, dass vorgesehen sei, bis zu 50 PPP-Projektträgern zunächst insbesondere im Schulsektor einen Zuwendungsbetrag in einer Größenordnung von bis zu 20.000 Euro / Projekt zur anteiligen Finanzierung der im Zusammenhang mit der PPP-Ausschreibung anfallenden Transaktionskosten zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug sollen sich die Projektträger bereit erklären, die im Rahmen des Projektes "PPP-Schulstudie" entwickelten Leitfäden ihren Verfahren zugrunde zu legen und ihre PPP-spezifischen Projekterfahrungen sowie Projektdaten rückzukoppeln. Das Programm diene der Implementierung der Leitfäden und dem Erkenntnisgewinn aus der Praxis. Auf Basis der gewonnenen Erfahrungen sollen die Leitfäden weiterentwickelt werden, um mittelfristig kostensenkende Standardisierungen zu erreichen.

Ein entsprechender formloser Antrag ist bis zum 15. November 2007 bei der PPP Task Force abzugeben.

Herr Schubert bittet, bei der nächsten noch in diesem Jahr fälligen Berichterstattung zu PPP den aktuellen Sachstand zur Kenntnis zu geben.

zu 11.4 Informationen zum Vergabeverfahren Tierheim

Frau E. Müller erläutert das Vergabeverfahren, die Ausgangszahlen sowie die Ausschreibungskriterien, die im Ergebnis dazu führten, dass das „Pfötchenhotel“ den Zuschlag erhalten habe. Das Rechnungsprüfungsamt habe das Verfahren begleitet und seitens der Verwaltung wurde sich strikt an die Vergabeordnung gehalten.

Herr Schubert bittet darum, die Matrix der Bewertungskriterien an die Fraktionen auszureichen; diese Bitte ergebe sich aus der öffentlich geführten Diskussion in den Medien. Im Weiteren fragt er nach, ob die gesammelten Spenden für die Einrichtung einer Fundtierstation auch für einen Tierheimneubau nutzbar wären und wie mit dem Personal des jetzigen Tierheims umgegangen werde.

Der Oberbürgermeister sagt die Ausreichung der Matrix zu, jedoch ohne Bewertung der Bewerber.

Frau E. Müller verweist darauf, dass sie die Verwendung der Spenden nicht bewerten wolle. Bezüglich des Personals gebe es die Voraussetzungen nach § 613 a BGB für eine Personalübernahme nicht. Ungeachtet dessen habe es Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegeben.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass der Hauptausschuss sehr deutlich gemacht habe, dass die Ausschreibung nicht als Verwaltungshandeln zu betrachten sei. Trotz der Zusage der Verwaltung wurde die Stadtverordnetenversammlung nicht am Vergabeverfahren beteiligt. Ebenso sei die Möglichkeit nicht genutzt worden, die Matrix im Vorfeld zu besprechen. Die Vergabe sei genauso erfolgt, wie seit Monaten vermutet wurde. Außerdem werde mit falschen Zahlen operiert und der Tierschutzverein habe nicht 141.000 € sondern nur 126.000 € als Zuschuss von der Stadt erhalten. Damit seien die Angebote vom Tierschutzverein und dem „Pfötchenhotel“ vergleichbar. Ebenso seien die Ausführungen bezüglich der nicht notwendigen Personalübernahme nicht nachzuvollziehen. Deshalb beantrage er, die Umstände dieser Vergabe, womit nicht die rechtlichen gemeint seien, und deren Auswirkungen an das Rechnungsprüfungsamt zu übergeben und eine entsprechende Stellungnahme zu erhalten.

Frau E. Müller verweist darauf, dass die angekündigte Auswertung mit dem Tierschutzverein nicht möglich gewesen sei, weil dies ein Vergabefehler wäre. Zu

den Kriterien habe sie Ausführungen gemacht; eine Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung sei auf Grund der gegebenen Hinweise und Bedenken nicht möglich gewesen. Die Kosten für die Auffangstation seien nicht in der Ausschreibung enthalten und weitere Fragen werde die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Tierheimbeirat klären. Sie verweist nochmals darauf, dass das Rechnungsprüfungsamt am Verfahren beteiligt gewesen sei und es keinerlei Hinweise oder Probleme gegeben habe. Mit dem Personal habe es Gespräche gegeben, deshalb sei der Vorwurf, das Personal sei der Stadt „egal“, nicht berechtigt.

Herr Schubert verweist auf die Irritationen bezüglich des Mietpreises, die durch unterschiedliche Zahlenangaben des KIS und des Tierschutzvereins aufgetreten seien und fragt nach, wie das zustande komme. Bezüglich des „Pfötchenhotels“ schlage er eine Vor-Ort-Besichtigung vor, weil sich die Vorstellungen von so genannten Luxusleitungen dann relativiere.

Herr Erdmann betont, dass das Rechnungsprüfungsamt in engem Kontakt die Ausschreibungstexte und die Vergabeentscheidung begleitet habe und bezüglich der Vergabeordnung eine Vertraulichkeit geboten sei. Die Bieter hätten ein Recht darauf, dass ihre Kalkulationen nicht öffentlich gemacht werden. Die von Herrn Dr. Scharfenberg beantragte Stellungnahme bedürfe der Anweisung des Oberbürgermeisters oder eines Beschlusses des Hauptausschusses.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass er keinen Anlass für eine Beauftragung sehe, weil das Rechnungsprüfungsamt am Verfahren beteiligt gewesen sei.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass er seine Forderung zum Antrag erhebe und er die Rahmenbedingungen und die Voraussetzungen des Verfahrens geprüft haben wolle. Er sei sich sicher, dass von der rechtlichen Seite her nichts zu beanstanden sei. Er wolle genau wissen, um wie viel sich die Kosten erhöhen, wenn die Tierauffangstation ebenfalls vom „Pfötchenhotel“ betrieben werde und wie hoch der bisherige Zuschuss an den Tierschutzverein sei. Er kritisiert die Aussage, dass mit dem Personal „irgendwelche“ Gespräche geführt worden seien und fordert eine klare Aussage. Die Stadt müsse sich dazu festlegen und dieser Punkt müsse besprochen werden, weil auch das Personal etwas mit Kosten zu tun habe.

Frau Müller verweist erneut auf ihre Ausführungen zum Zuschuss von 141.000 € und auf die notwendigen Voraussetzungen für eine Personalübernahme durch die Verwaltung nach § 10 des Betreibervertrages des Tierschutzvereins.

Herr Schröder betont, dass bei Erfüllung seiner Forderung, den Vertrag mit dem Tierschutzverein erst zum 31.12.2008 zu kündigen, mehr Zeit für die Prüfung und Absprache mit allen Beteiligten geblieben wäre. Er hätte sich auch gewünscht, dass die Matrix im Vorfeld mit dem Tierheimbeirat besprochen worden wäre, weil damit ein breiter Konsens gefunden und Kommunikationsschwierigkeiten vermieden worden wären. Er halte eine Prüfung des Vergabeverfahrens für nicht notwendig, weil dies fachkompetent durch das Rechnungsprüfungsamt begleitet worden sei. Er habe Interesse an einer rechtlichen Wertung, weil das „Pfötchenhotel“ im gesamten Zeitraum als potentieller Nachfolger in Rede stand und damit favorisiert wurde. Die Frage sei, ob das evtl. zu Problemen im Vergabeverfahren führe, weil es dies beeinflusst habe.

Herr Schüler fragt, was das Rechnungsprüfungsamt eigentlich prüfen solle und fordert Herrn Dr. Scharfenberg auf, den Prüfauftrag klarer zu beschreiben.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die Prüfung der eventuellen Mehrkosten durch die genannten Probleme der Stadt beim Umgang mit dem Personal sowie die Leistungen, die der Tierschutzverein bisher „wie selbstverständlich“ übernommen habe, mit dem neuen Betreiber zu höheren Kosten führen werde und das bitte er zu prüfen.

Der Oberbürgermeister sagt eine Information über die erzielte Einigung bezüglich

des Personals in der Hauptausschusssitzung am 14.11.2007 zu. Darüber hinaus solle das Rechnungsprüfungsamt schriftlich darlegen, mit welchen finanziellen Auswirkungen die Stadt mit dem neuen Betreiber zu rechnen habe.

Die von Herrn Schröder beantragte rechtliche Wertung einer eventuellen Beeinflussung der Vergabeverfahrens wird zur Abstimmung gestellt und mit 10 Ja-Stimmen, bei 3 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen, angenommen.

zu 11.5 Feldversuch Zeppelinstraße

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert über die stattgefundene Bürgerversammlung zum Feldversuch in der Zeppelinstr., in der deutlich geworden sei, dass dort dringender Handlungsbedarf zu verkehrlichen Lösungen bestehe. Bezüglich des Feldversuchs habe es Stimmen dafür und dagegen gegeben; im Ergebnis habe man sich aber für den Feldversuch ausgesprochen. Seitens der Verwaltung wurde den Bürgern zugesagt, die Ergebnisse des Feldversuchs im Januar 2008 mit ihnen zu diskutieren. Es habe keine Äußerungen gegeben, den Feldversuch nicht durchzuführen.

Herr Dr. Scharfenberg kritisiert nachdrücklich den Bericht und betont, dass man mit dem Problem so nicht umgehen könne. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE werde erst Anfang November in der Stadtverordnetenversammlung entschieden und das Ergebnis sei auf jeden Fall abzuwarten. Frau Dr. Schröter fragt, wieso Frau Dr. von Kuick-Frenz auf die Idee komme, dass diese Bürgerversammlung die Verwaltung zu dem Feldversuch legitimiere. Herr Schubert verweist darauf, dass es die Forderung der Fraktion der SPD gewesen sei, diese Bürgerversammlung durchzuführen. Der von Herrn Dr. Scharfenberg genannte Antrag könne in der November-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nicht entschieden werden, da er im Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft vom Ausschussvorsitzenden selbst zurückgestellt wurde und der gehöre bekanntlich zur Fraktion DIE LINKE. Er habe ebenfalls an der Bürgerversammlung teilgenommen und da seien die Meinungen zum Feldversuch auseinandergegangen.

Frau Dr. von Kuick-Frenz betont, dass es eine breite Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung gegeben habe, die Ergebnisse im Januar 08 vor Ort auszuwerten. Sie meine, der Wille zu Veränderungen sei bei den Bürgern eindeutig gewesen und darüber hinaus werde das Projekt derzeit noch gefördert, was bei späteren Maßnahmen nicht mehr der Fall sein werde. Daran anschließend verweist Frau E. Müller darauf, dass die Anwohner in der Zeppelinstr. sehr stark mit Feinstaub belastet seien, wenn der Verkehr zum Stillstand komme. Nun sei zu klären, welcher der richtige Schritt sei, um hier Abhilfe zu schaffen. Durch Fachleute sei dargestellt worden, wie eine Feinstaubminimierung möglich sei und sich dafür ausgesprochen, die Versuche durchzuführen. Darüber hinaus sei im Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft dem Antrag „Grüne Welle“ zugestimmt worden, der genau in dieses Thema passe.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass jetzt der Debatte im o.g. Ausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung nicht vorgegriffen werden solle. Herr Dr. Scharfenberg fragt beim Oberbürgermeister nach, ob definitiv die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung abgewartet und erst dann der Feldversuch durchgeführt werde. Das sagt der Oberbürgermeister zu, weist aber darauf hin, dass die Entscheidung nur eine Richtschnur des Handelns sein könne. Der Versuch könne dann erst im Januar/Februar stattfinden, was auf Grund des Winterwetters mit Schneefall hinderlich sein könne.

zu 11.6 **Griebnitzsee**

Der Oberbürgermeister erläutert die Vorgänge am Griebnitzsee und die von der Verwaltung eingeleiteten Maßnahmen. So haben einige Anwohner den Uferweg mit Flatterbändern abgesperrt und Sicherheitsleute engagiert, die den Zugang verweigert hätten. Daraufhin habe die Verwaltung eine Ordnungsverfügung erlassen und zugestellt. Die betroffenen Anwohner hätten daraufhin versucht, die Ordnungsverfügung durch das Verwaltungsgericht aufheben zu lassen, was jedoch abgewiesen wurde. Anschließend seien die Flatterbänder entfernt worden und gegen die für die Sperrung Verantwortlichen seien Klagen anderer Anwohner beim Gericht eingegangen. Bei jedem weiteren Versuch könne die Verwaltung laut Gericht unmittelbar tätig werden. Er meine, die Verwaltung und die Stadtverordnetenversammlung seien gut beraten, den B-Plan möglichst unverzüglich zu beschließen, um damit endgültige Rechtssicherheit zu erlangen. Sicher werde es Klagen gegen den B-Plan geben, die aber keine aufschiebende Wirkung hätten. Herr Schubert schließt sich den Ausführungen an und fordert die Fraktionen auf, den B-Plan möglichst in der November-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

zu 11.7 **Vorbereitungen der gemeinsamen Sitzung mit dem Hauptausschuss des Landtages (07/SVV/0680) zu Problemen im Zusammenhang mit dem Bau eines neuen Landtagsgebäudes auf dem Alten Markt.**

Der Oberbürgermeister informiert über einen Terminvorschlag für die o.g. gemeinsame Sitzung am 27.11.2007 um 16:00 Uhr, der derzeit mit dem Präsidenten des Landtages besprochen werde, um die Einladungen vorbereiten zu können.

zu 12 **Sonstiges**

Information zum Projekt „Stolpersteine“

Frau Fischer nimmt Bezug auf die von der Stadtverordnetenversammlung am 25.10.2006 beschlossene Unterstützung und Begleitung dieses Projekts und informiert über den derzeitigen Sachstand. So habe Frau Marok von der Geschichtswerkstatt Potsdam dieses bisher ehrenamtlich betreut, die Arbeit jedoch im Frühjahr 2007 abgebrochen; eine Wiederaufnahme des Kontakts sei nicht gelungen. Deshalb haben unter Leitung des Fachbereiches Kultur und Museum im September und Oktober 07 Koordinierungsgespräche unter Beteiligung der Jüdischen Gemeinde Potsdam, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Rechtshistorikern, Stadtverordneten, SIKO, Stadt- und Landesbibliothek und der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen (RAA) stattgefunden und dieser Arbeitskreis werde sich zukünftig der Problematik annehmen. Herr Dr. Weißleder werde als Rechtshistoriker die Aktenlage unter bestimmten Gesichtspunkten recherchieren, da er langjährige Erfahrung auf diesem Gebiet habe. Die von Frau Marok erstellte Namensliste müsse ebenfalls noch einmal geprüft werden. Gleichzeitig werde ein Schulprojekt dazu initiiert und auf Grundlage der Erfahrungen sei eine Zusammenarbeit mit der Voltaire-Gesamtschule und dem Humboldt-Gymnasium vorgesehen, so dass im Ergebnis die ersten 3-5 Stolpersteine realisiert werden können.

Die Sponsorsuche werde durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit unterstützt und derzeit liegen bereits Angebote von zwei Potsdamer Bürgern für die Finanzierung von Stolpersteinen vor (ein Stein koste 95,00 Euro). Für Juli 2008

sei die Verlegung der ersten Steine vorgesehen.

Frau B. Müller fragt nach, ob ihr diese Ausführungen schriftlich übergeben werden können, dann sei es für sie möglich, ihre Anfrage 07/SVV/0959 für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zurückzuziehen. Dies sagt Frau Fischer zu und übergibt Frau B. Müller die schriftlichen Ausführungen.

Information zur europaweiten Ausschreibung zur Betreuung von Asylbewerbern

Frau E. Müller informiert, dass der Vertrag mit der AWO für die Unterbringung von Asylbewerbern im Lerchensteig zum 30.6.2008 ausläuft. Aufgrund der Auftragssumme sei eine europaweite Ausschreibung erforderlich. Auf Nachfrage von Frau Dr. S. Müller sichert der OBM in diesem Zusammenhang Gespräche mit dem Ausländerbeirat z.B. zu Fragen der Leistungsbeschreibung zu.

Stadtkanal

Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf seine Nachfrage in der letzten Sitzung des Hauptausschusses zu Problemen bei der Weiterführung der Arbeiten am Stadtkanal und fragt nach, ob die erforderlichen Genehmigungen erteilt wurden. Der Oberbürgermeister verweist auf Gespräche mit dem Landesumweltamt und der EWP und sagt eine entsprechende Information in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu.

Ortsbürgermeister

Herr Dr. Scharfenberg verweist im Weiteren auf eine Veranstaltung seiner Fraktion im Ortsteil Fahrland und Gespräche mit dort anwesenden Ortsbürgermeistern. In den Gesprächen seien Probleme mit der Verwaltung benannt worden, die im Vorfeld des im Frühjahr 2008 vorzulegenden Berichtes über die Zusammenarbeit mit den neuen Ortsteilen besprochen werden und in diesen Bericht einfließen sollten. Er schlägt deshalb eine gemeinsame Beratung des Hauptausschusses mit den Ortsbürgermeistern vor.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass dies in die Tagesordnung der Sitzung am 12. Dezember aufgenommen werde.

Themenjahre

Frau Dr. Müller fragt nach der Verbindlichkeit der Themenjahre, die in der vor kurzem vorgelegten Mitteilungsvorlage genannt wurden. Hintergrund sei die Frage im Jugendhilfeausschuss, ob in absehbarer Zeit ein „Jahr der Jugend“ möglich sei.

Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass die Themenjahre Vorschläge der Verwaltung seien und auch die Diskussion der Themen beinhalte. So werde in der nächsten Hauptausschusssitzung ein Papier zum Thema „Metropole und Provinz“ vorgelegt. Der Vorschlag aus dem Jugendhilfeausschuss sollte in der Dezember-Sitzung des Hauptausschusses diskutiert werden.